

Politische Schwerpunkte

(Stand 08.04)

Inhaltsverzeichnis

1.	Verkehrsprobleme	3
1.1	Erstellung eines Verkehrsleitsystems für das Logportgelände und die anderen Gewerbegebiete im Bezirk	3
1.2	Umgehende Wiederherstellung der Friedr.-Ebert-Straße	3
1.3	Ausbau der Stüning-Kreuzung.....	3
1.4	Anbindung des Gewerbegebietes Hohenbudberg an die L473	3
1.5	Ausbau der Moerser Straße zwischen Stüningkreuzung und Fährstraße	4
1.6	Sperrung der Unterführung Tor 1 für den LKW-Verkehr	4
1.7	Bau der so genannten kleinen Osttangente	4
1.8	Maßnahmen zum Parken von Lkws.....	4
1.9	Bau der L 473	5
2.	Verbesserung der Entsorgung.....	6
2.1	Bau eines neuen Recyclinghofes DU-West	6
2.2	Neuregelung Grünschnittentsorgung	6
2.3	Neuregelung der Straßenreinigung in Hochemmerich	6
2.4	Verbesserung der Laubabfuhr.....	6
2.5	Ansehnlichere Gestaltung von Wertstoffsammelplätzen.....	7
2.6	Straßenreinigung	7
3.	Stützung der Nebenzentren.....	8
3.1	Bebauung des Hochemmericher Marktes	8
3.2	Bebauung der Fläche Geestschule/Kaiserstraße	8
3.3	Fortschreibung Ideenwerkstatt Rumeln	8
3.4	Bebauung Rathaus Rumeln.....	9
3.5	Attraktivitätssteigerung der Geschäftsstraßen in Hochemmerich, vor allem der Friedrich- Alfred-Straße	9
3.6	Nahversorgungskonzept.....	9
4.	Ausbau des Personennahverkehrs	11
4.1	Verbesserung der Parksituation an den Rheinhauser und Rumelner Bahnhöfen	11
4.2	Bahnhoferschließung von der Behringstraße.....	11
4.3	Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Gewerbe- und Industriegebiete	11
4.4	Verbesserte ÖPNV-Verbindungen in den Abend- und Nachtstunden.....	11
5.	Erholung und Freizeit	13
5.1	Weiterer Ausbau des Toepperseegebietes	13
5.2	Planung und Bau des neuen Hallenbades am Toeppersee	13
5.3	Wegeverbindung zwischen Friemersheim und dem Gewerbegebiet Hohenbud- berg.....	13
5.4	Sicherung des Damwildgeheges im Volkspark und dessen Umgestaltung in Teilbereichen 13	
5.5	Abschließende Gestaltung des Diergardtparkes	14
5.6	Erschließung der Friemersheimer Rheinaue	14
5.7	Ausbau des Rheinuferparkes.....	14
5.8	Radwegverbindung Tor 1/Eisenbahnbrücke.....	15
6.	Bebauung und Bebauungsplanung	16
6.1	Umsetzung der Agenda 21/Bebauungsplan Werth Hof.....	16

6.2	Bebauungsplan Lindenallee / Stadtwerke	16
6.3	Bebauungsplan Meisenstraße	16
6.4	Bebauungsplan Kampstraße	17
6.5	Bebauungsplan EKZ	17
6.6	Bebauungsplan Julius-Leber-Straße	18
6.7	Bebauungsplan Umfeld Tor 1	18
6.8	Nutzung Kirchfeldschule	18
6.9	Bebauung „Auf dem Pickert“	19
6.10	Bebauung an der Schleusenstraße	19
6.11	Bebauungsplan Asberg II	19
6.12	Bebauungsplan Friemersheim Dorf	19
6.13	Städtebaulicher Rahmenplan für den Bereich Toeppersee / Jägerstraße	20
6.14	Bebauung der Fläche Rheingoldgelände	20
6.15	Bebauung Händelstraße	20
6.16	Bebauung Ritterstraße	20
6.17	Bebauung Rathausallee / Nordseite	20
6.18	Bebauung Rathausallee/Südseite	20
6.19	Bebauung Haus Kaldenhausen	21
6.20	Bebauung Römerstraße/Moerserstraße	21
7.	Schule und Kultur	22
7.1	Sanierung von Schulen	22
7.2	Standortsicherung Kommatheater	22
7.3	Förderung der Jugendarbeit und Kinderspielplätze	22
7.4	Modernisierung der Rheinhausen Halle	23
7.5	Erweiterung Realschule II	23
7.6	Abgeschlossene Erweiterungsbauten	23
7.7	Vorhandene Schulkapazität im Bereich der Sek. I im Bezirk	23
7.8	Sicherung des Kindergartenplatzangebotes	24
7.9	Verbesserung der Turnhallensituation für Schulen und Vereine	24
7.10	Erweiterung Sonderschule Dahlingstraße	24
8.	Gewerbe- und Industrieansiedlung	25
8.1	Logportgelände	25
8.2	Businesspark Niederrhein/Asterlagen	25
8.3	Gewerbegebiet Diergardt	25
8.4	Gewerbegebiet Hohenbudberg	26
8.5	Villenkolonie Bliersheim	26
9.	Neue politische Schwerpunkte und Projekte	27
9.1	Neustrukturierung der Straßenreinigung mit dem Ziel sauberer Straßen bei niedrigen Gebühren unter Beteiligung der Betroffenen	27
9.2	Erarbeitung eines Programms zur nachhaltigen Instandsetzung der Straßen im Bezirk	27
9.3	Schaffung eines grünen Rheinuferes von Friemersheim bis Essenberg	27
9.4	Bau einer Mehrfachturnhalle für Krupp-Gymnasium und Heinrich-Heine-Gesamtschule	28
9.5	Bauprojekte für jüngere Familien unter Einbeziehung der so genannten Muskelhypo- thek	28
9.6	Ansiedeln von Hotels im Bezirk	28
9.7	Nutzung des Geländes des Bertha-Krankenhauses im Sinne der Bertha Krupp-Stiftung für soziale und medizinische Zwecke	28
9.8	Ausbau der Freizeit- und Sportanlagen im Bereich Toeppersee einschließlich der verkehrlichen Anbindung	29
9.9	Erstellung eines Planes zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen	29
9.10	Präventivmaßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung in gefährdeten Straßenbereichen	29

1. Verkehrsprobleme

1.1 Erstellung eines Verkehrsleitsystems für das Logportgelände und die anderen Gewerbegebiete im Bezirk

Für unseren Bezirk ist ein Verkehrsleitsystem erstellt worden, das den Verkehr direkt zu den Betrieben in den oben genannten Gewerbegebieten führt. Über ein ausgewiesenes Nummernsystem, für unseren Bezirk ist das 7000 - 7999, wird jeder Betrieb erfasst und über entsprechende Hinweisschilder werden die LKWs von der Autobahnabfahrt über ausgewiesene Straßen bis zum jeweiligen Betrieb geführt. Für das Logportgelände gelten die Nummern 7500-7800, die bereits innerhalb des Bezirkes und dem Logportgelände selbst ausgeschildert sind. Und die Zuweisung zu den Grundstücken wird in den nächsten Wochen erfolgen.

1.2 Umgehende Wiederherstellung der Friedr.-Ebert-Straße

Zurzeit fließt der Verkehr von der Autobahnabfahrt Essenberg zum Logportgelände über die Friedr.-Ebert-Straße als alleinige Zufahrt zu diesem Gelände. Die Straße befand sich in einem sehr schlechten Zustand, so dass es durch den LKW-Verkehr zu erheblichen Lärmbelästigungen kam, vor allem während der Nachtzeit. Der Unterbau der Straße war für eine solche dauernde Belastung nicht ausgelegt. Da die Straße auch die zurzeit einzige Verkehrsanbindung zum Logportgelände ist, ist eine Sperrung der Straße für LKWs auch nicht möglich. Die Straße wurde mit einer neuen provisorischen Fahrbahndecke versehen. Die Kosten beliefen sich auf rund 400.000,- € (Zuschuss 50 %) Die Maßnahme wurde Ende 2002 ausgeführt.

1.3 Ausbau der Stüning-Kreuzung

Die Stüning-Kreuzung bildet in Rheinhausen für den Verkehr einen erheblichen Engpass. Um dauerhaft größere Staus zu vermeiden, muss die Kreuzung entsprechend ausgebaut werden. Hierfür wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits ein entsprechender Antrag gestellt. Im ersten Schritt wird die Friedr.-Ebert-Straße mit zwei Linksabbiegerspuren in Richtung Moers versehen, damit der Rückstau auf der Friedr.-Ebert-Straße verringert wird. Des Weiteren werden die Ampelschaltzeiten weiter optimiert.

1.4 Anbindung des Gewerbegebietes Hohenbudberg an die L473

Das Gewerbegebiet Hohenbudberg ist bisher für den LKW-Verkehr schlecht angebunden. Viele Ansiedlungen scheitern an diesen schlechten Voraussetzungen. Daher ist schnellstens eine Anbindung an die 473n erforderlich. Im Rahmen der Förderung nach dem Gemeindestraßenfinanzierungsgesetz steht die Maßnahme für 2005 ff auf Platz 1 der Priorität. Im Zuge des Ausbaues der L 473 soll auch hier mit dem Bau in 2005 begonnen werden. Der Ausbau hat behindertengerecht zu erfolgen.

1.5 Ausbau der Moerser Straße zwischen Stüningkreuzung und Fährstraße

Der Bereich zwischen Brückenauffahrt und Fährstraße ist bereits erneuert. Der Bereich zwischen der Stüningkreuzung und der Fährstraße soll entsprechend mit Geh- und Radweg sowie mit Parkbuchten ausgebaut werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2004 eingestellt und sollen auch umgehend ausgeschrieben und beantragt werden, so dass mit dem Ausbau noch in 2004 begonnen werden kann.

1.6 Sperrung der Unterführung Tor 1 für den LKW-Verkehr

Um die LKW-Zufahrt durch die Wohngebiete an der Atroperstraße und der Friedr.-Alfred- Straße zu unterbinden, ist die Durchfahrt für Lkws über 7,5 t gesperrt worden, zumal die Durchfahrts Höhe der Unterführung auf 3,9m begrenzt ist.

1.7 Bau der so genannten kleinen Osttangente

Die Osttangente soll nach alten Planungen die Südtangente, heute L473 genannt, mit der Autobahnanbindung in Essenberg, der A40, verbinden. Die Südtangente bzw. die L473 endet heute an der Gaterwegbrücke und soll als Zufahrt für das Logportgelände von der A57 aus genutzt werden. Lkws, die von Norden oder Osten zum Logportgelände wollen, werden in der Regel nicht den Umweg über das Autobahnkreuz Moers in Richtung Krefeld machen sondern sich einen Weg durch das Stadtgebiet suchen. Die Osttangente würde eine optimale Anbindung des Logportgeländes an die A40 darstellen. Planerisch ist aus heutiger Sicht nur das Anschlussstück bis zur Brücke der Solidarität realisierbar.

Die Trasse kann in 2 bis 3 Jahren errichtet sein. Die Finanzierung wird über Ziel-II-Fördermittel erfolgen und bräuchte nicht über das Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz finanziert werden, dessen Mittel für die nächsten Jahre sehr begrenzt sind. Dieser Schritt entlastet die Friedr.-Ebert-Straße, Margarethen Straße, Atroper Straße und Friedrich–Alfred–Straße wesentlich. Die Straße soll als reine Autostraße ausgebaut werden. Berücksichtigt werden muss natürlich auch die Lärmbelastung für die Anwohner der angrenzenden Siedlung. Für die Errichtung ist zwischenzeitlich ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Die Osttangente soll von einem zu errichtenden Kreisverkehr an der Brückenauffahrt über die alte Krupp`sche Werkstraße zur Deponie unterhalb der Eisenbahnbrücke aufs Logportgelände geführt werden, wo sie an die innere Erschließung anbindet. Die kleine Osttangente könnte 2007 fertig gestellt sein, ansonsten würde auch die Förderung über Ziel II entfallen. Die Osttangente soll auch den Verkehr aus den innerstädtischen Verkehrsbeziehungen neben dem Fernverkehr zum Loppportgelände und den südlichen Ortsteilen aufnehmen. Die Fußwegbeziehungen zum Rheinvorland sollen erhalten bleiben.

1.8 Maßnahmen zum Parken von Lkws

Bürger führen häufig berechtigt Beschwerden, dass Lkws vor allem an Wochenenden in Wohngebieten abgestellt werden. Dies ist nicht zulässig und häufig auch verkehrsgefährdend. Für LKW-Fahrer sollen über Hinweisschilder Bereiche ausgewiesen werden, wo für sie das Parken erlaubt ist, zum Beispiel auf dem Logportgelände oder an anderen ausgewiesenen Stellen. Diese Hinweisschilder sollten vor allem an den Autobahnabfahrten aufgestellt werden bzw. durch

besondere Kennzeichnung in den Stadtplänen aufgenommen werden. Ferner sollten die Speditions- und Logistikbetriebe in ihren Eingangs- und Abfertigungsbereichen diese Pläne aushängen. Innerhalb von Wohngebieten ist das Parken von Lkws verboten. Im Bereich der neuen Krefelder Straße wurde das Parken durch Verbotsregelung teilweise in Wohnbereichsnähe untersagt.

1.9 Bau der L 473

Mit dem Bau des 1. Bauabschnittes wurde 2003 begonnen. Er wird 2004 fertig gestellt. Für den 2. Abschnitt ist das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen. Mit der Umsetzung wird umgehend in Teilabschnitten begonnen, z.B. Regenrückhaltebecken „In den Bänden“. Die Fertigstellung der Gesamtstrecke soll 2007 erfolgen. Die Anbindungsspanne nach Hohenbudberg wird auch mit der 2. Baustufe realisiert.

2. Verbesserung der Entsorgung

2.1 Bau eines neuen Recyclinghofes DU-West

Zurzeit gibt es keinen Standort für einen neuen Recyclinghof. Der bestehende Recyclinghof auf der Rheinstraße sollte daher weiter Bestand haben, solange kein neuer Standort gefunden wird. Zurzeit wird ein Standort im Außenbereich des Businessparks geprüft. Ein Recyclinghof muss den Gestaltungsanforderungen des Bebauungsplanes entsprechen.

2.2 Neuregelung Grünschnittentsorgung

Im Frühjahr und im Herbst führt die Grünschnittentsorgung immer zu großen Problemen obwohl für die Entsorgung immer von den Wirtschaftsbetrieben kostenlose Sonderentsorgungen durchgeführt werden. Die zeitliche Abstimmung ist aber für viele Leute sehr schwierig. Ferner ist die Grünschnittabholung auch sehr aufwendig. Aus diesem Grunde wird derzeit geprüft, ob es nicht günstiger ist, im Bezirk mehrere Sammelstellen einzurichten, an denen Bürger ihren Grünschnitt ganzjährig entsorgen können.

2.3 Neuregelung der Straßenreinigung in Hochemmerich

Die Bürger beklagen sich seit mehreren Jahren, dass die Innenstadt nicht sauber ist. Die Anwohner, im Wesentlichen die Geschäftsleute, kommen ihren Fegepflichten nicht nach. Trotz vielfältiger Aktionen und Appellen ist keine Besserung eingetreten. Aus diesem Grunde wurden im Innenstadtbereich die Reinigungsklassen umgestellt. In 2003 traten keine intensiven Beschwerden mehr auf. Mit der Umstellung erfolgte in der Regel eine Herabsetzung der Fahrbahnreinigung zugunsten des Fegens des Gehweges.

2.4 Verbesserung der Laubabfuhr

In den letzten Jahren kam es häufiger zu großen Schwierigkeiten bei der Laubabfuhr, da nicht ausreichende Kapazitäten für die Abfuhr zur Verfügung standen. Zahlreiche Bürger fegen das Laub vor ihren Häusern zusammen und verpacken es in den zur Verfügung gestellten Säcken und stellen diese zu den angekündigten Abholterminen ordnungsgemäß an die Straße. Leider konnten diese Termine von den Wirtschaftsbetrieben nicht immer wahrgenommen werden, so dass die Säcke teilweise tagelang herumstanden und die Blätter durch Windeinwirkung herumflogen bzw. die Säcke durch andere Bürger ausgekippt oder aufgeschlitzt wurden und die Blätter wieder in der Gegend herumflogen. Hier vergeht dann dem Bürger die Lust an Eigeninitiative. Dies kann man dem Bürger nicht zumuten, wenn die Stadt ihre angekündigten Termine nicht einhält. In enger Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaftsbetriebe wurde dieses Problem organisatorisch besser in den letzten Jahren gelöst.

2.5 Ansehnlichere Gestaltung von Wertstoffsammelplätzen

Die Wertstoffsammelplätze im Stadtgebiet bieten häufig keinen ansehnlichen städtebaulichen Anblick. Der Bau unterirdischer Sammelbehälter ist sehr kostenaufwendig. Aus diesem Grunde haben wir einen Antrag gestellt, vor allem in den Außenbereichen für die einzelnen Wertstoffsammelplätze nach anderen baulichen Lösungen zu suchen. Dies soll jeweils in Zusammenarbeit mit den Bürgern im Nachbarschaftsbereich geschehen.

2.6 Straßenreinigung

Die Reinigung der Straßen ist durch parkende Fahrzeuge in Wohnbereichen häufig nicht möglich. In einzelnen Stadtgebieten wurde hier eine Regelung durch wechselseitiges Parken gefunden. Dies ist aber auch nur begrenzt möglich. In Bereichen mit Mietwohnungen werden diese Verfahren auch weitergeführt. Für Wohnbereiche mit vorwiegend Einfamilienhäusern sollte die Reinigung durch die Anwohner wieder selbst erfolgen, denn die Gehwege werden dort durch die Anwohner selbst gefegt. Die Klassifizierung der Reinigungsklassen wird daher für das Gebiet des Bezirkes geprüft und nach den genannten Kriterien korrigiert.

3. Stützung der Nebenzentren

3.1 Bebauung des Hochemmericher Marktes

Zur Stärkung des Nebenzentrums Hochemmerich wurden in den letzten Jahren zahlreiche Überlegungen angestellt. Alleine die Gestaltung der Straßen führen nicht zur Attraktivitätssteigerung. Die Lösung zur Steigerung der Kaufkraft der Innenstadt kann nur darin bestehen, dass attraktive Geschäfte angesiedelt werden. Hierzu sind größere bebaubare Flächen erforderlich. Als einzige noch bebaubare Fläche dieser Größenordnung steht in Hochemmerich nur noch der Marktplatz mit den daneben liegenden Grünflächen zur Verfügung. Für diese Bebauung hat sich mittlerweile im Rahmen eines Investorenwettbewerbes ein Investor gefunden.

Voraussetzung für die Bebauung dieser Gesamtfläche ist die Erhaltung des Marktes hinsichtlich seiner Funktionalität und seines Platzbedarfes. Die städtebaulichen Vorgaben wurden im Investorenwettbewerb formuliert, ebenso wie die verkehrlichen Lösungsvorgaben. Die Grundstücke befinden sich alle in städtischem Besitz. Die Art der festzulegenden Branchen braucht nicht zu erfolgen, da das Gebiet des Marktes als Kerngebiet ausgewiesen ist. Zur Umsetzung des Vorhabens wurde ein Aufstellungsbeschluss gefasst und im Dez. 2003 eine Bürgeranhörung durchgeführt. Im Febr. wurde der Beschlussentwurf gefasst und im März erfolgte die Auslegung. Das Bebauungsplanverfahren wurde im Juli mit dem Satzungsbeschluss abgeschlossen.

Mit der Gestaltung der Marktfläche und der umliegenden Straßen wird im Rahmen dieses Bauvorhabens der Gesamtbereich neu gestaltet. Dies erfolgte in Abstimmung mit den Betroffenen. Das zukünftige „Marktforum“ wird eine Verkaufsfläche von ca. 6.000 qm haben und ein Parkhaus mit ca. 450 Stellplätzen. Auf dem Markt selbst werden noch ca. 80 Stellplätze vorgehalten. Mit der Realisierung des Projektes ist Mitte 2005 zu rechnen.

3.2 Bebauung der Fläche Geestschule/Kaiserstraße

Die frühere Schulhoffläche der Geestschule ist seit Jahren ungenutzt, ebenso wie das Hauptgebäude der ehemaligen Hauptschule. Dieses steht unter Denkmalschutz und ist baulich als abgängig zu bezeichnen. Seit Jahren wurde versucht, für das Gebäude eine Nutzung zu finden. Das Gebäude der Hauptschule verfällt immer mehr. Für das Nebenzentrum Friemersheim muss aufgewertet werden. Aus diesem Grunde wäre die bauliche Arrondierung entlang der Kaiserstraße eine Aufwertung des Nebenzentrums. Zwischenzeitlich wurde für das Hauptgebäude ein Investor gefunden, der hier barrierefreies Wohnen realisieren will. Er möchte aber nicht die Bebauung entlang der Kaiserstraße realisieren. Aus diesem Grunde wird das Grundstück geteilt, so dass die Bebauung entlang der Kaiserstraße durch einen anderen Investor vollzogen werden kann. Der Verkauf des Hauptgebäudes wurde im April beschlossen.

3.3 Fortschreibung Ideenwerkstatt Rumeln

Mit der Ideenwerkstatt Rumeln wurde erstmals ein neuer Weg für die Überplanung eines ganzen Ortsteiles beschritten. Die Ergebnisse wurden in einer Broschüre vorgestellt. Zwischenzeitlich wurden die Ergebnisse von einem Planungsbüro planerisch zusammengefasst und städtebaulich ausgewertet, damit sie in einer weiteren Bürgerversammlung mit den Bürgern weiter diskutiert werden könnte. Nach dieser Bürgeranhörung wird die Umsetzung in den einzelnen

Bebauungsplänen, natürlich wieder mit Bürgerbeteiligung, fortgeführt. Grundlage für die einzelnen Bebauungspläne ist der nach der Bürgeranhörung erstellte Rahmenplan. Die jeweiligen Pläne werden im stetigen Dialog zwischen den Bürgern, der Verwaltung und der Politik erarbeitet, die diese Pläne letztendlich beschließen muss. Die Entwicklungsschritte wurden mit der Beschlussvorlage im Dez. 2002 festgelegt.

3.4 Bebauung Rathaus Rumeln

Die GEBAG beabsichtigte das Rumelner Rathaus abzureißen, damit das Grundstück besser zu vermarkten wäre. Aufgrund des Widerstandes aus der Bevölkerung und der Politik hat sie von diesen Plänen Abstand genommen und versucht derzeit, das Gelände mit aufstehendem Gebäude zu veräußern. Es gab mehrere Investoren, mit denen die GEBAG Gespräche geführt hat. Es wurde zwischenzeitlich ein Investor gefunden, der das komplette Gebäude erhalten und nutzen will. Somit wurde das gemeinsame Ziel, der Erhaltung des Rathauses erreicht. Der Investor, die evangelische Diakonie aus dem Duisburger Norden, will das gesamte Gebäude zu einem Seniorenwohnheim mit mindestens 40 Plätzen umbauen. Somit sind die zahlreichen Bemühungen mit unterschiedlichen Lösungsansätzen doch zu einem von allen zu vertretenden Ziel geführt worden. Mit dem Umbau wurde bereits im Jahre 2003 begonnen.

3.5 Attraktivitätssteigerung der Geschäftsstraßen in Hochemmerich, vor allem der Friedrich-Alfred-Straße

Im Rahmen der Bebauung des Hochemmericher Marktes muss auch über die Attraktivierung der anderen Geschäftsstraßen nachgedacht werden. Hierbei sind vor allem die Hauseigentümer gefordert, deren Fassaden auch nicht immer den besten Eindruck machen. Sie beklagen, dass die Ladenlokale leer stehen und sie die gewünschten Mieten nicht erzielen. Wer verdienen will, muss auch investieren. Entsprechende Gespräche wurden schon mit einigen Hauseigentümern geführt. Im Rahmen des Ausbaues des Marktareales wird auch hier mehr Bewegung herein kommen. Zur Koordinierung und Zusammenfassung von Aktivitäten haben wir die Gruppe **WIR (Wir In Rheinhausen)** ins Leben gerufen, die überparteilich ist und in der, neben den Parteien die Bezirksverwaltung, der Einzelhandelsverband, die GfW, die IHK und die Vertretung der Kaufleute, vertreten sind.

3.6 Nahversorgungskonzept

Alle Supermarktketten (Nahversorger, Discounter) versuchten an vielen Stellen im Stadtgebiet Märkte zu errichten. Doch viele dieser Ansiedlungen würden die vorhandenen Nebenzentren schädigen und die Nahversorgung wäre noch lange nicht sichergestellt, da die Ansiedlungen nur an strategisch guten Lagen erfolgen sollten oder in Wohngebiete, in denen schon eine ausreichende Versorgung vorhanden ist. Aus diesem Grunde haben wir mit den Mitteln der Bauleitplanung versucht, diese Entwicklung zu steuern. Hierfür wurde durch die Stadt für unseren Bezirk ein Nahversorgungsgutachten / Einzelhandelsgutachten in Auftrag gegeben, welches zwischenzeitlich vorliegt. Hieraus kann man die unterversorgten Bereiche gut erkennen und ableiten. Nach umfangreicher Diskussion hat die BV auf Vorschlag der SPD folgendes mehrheitlich beschlossen:

Die Umsetzung soll in zwei Phasen erfolgen:

- 1. Phase:** Prüfung der Umsetzung zur Ansiedlung, bzw Ansiedlung in folgenden Bereichen, da hier teilweise eine akute Unterversorgung
- Asterlagen:** Discounter im Bereich EKZ;
potentielle Grundstücke Asterlager Straße,
Winkelhauser Straße
- Bergheim:** Leuschner Straße,
Ecke Römerstraße / Moerser Straße
- Rumeln:** 2 Discounter Rathausallee
- Friemersheim:** Erweiterung/Umbau
Discounter/Vollversorger am Markt
Reservegrundstück für Hohenbudberg
im Gewerbegebiet
- Hochemmerich:** Rheinstraße/Friedrich.-Alfred-Straße/Atroper Straße
- 2. Phase:** Sollten die Standorte realisiert sein, wird über Verdichtungen in anderen Bereichen nachgedacht. Hierfür liegt aber noch keine endgültige Beschlussfassung vor.

Die Ansiedlungen nach Phase 1 müssen zuerst durchgeführt werden, da ansonsten für diese Bereiche für spätere Ansiedlungen keine ausreichende Kaufkraft mehr vorhanden ist.

4. Ausbau des Personennahverkehrs

4.1 Verbesserung der Parksituation an den Rheinhauser und Rumelner Bahnhöfen

Die Parksituation an den Bahnhöfen in Rheinhausen und in Rumeln wird durch beschlossene Maßnahmen in diesem und im nächsten Jahr erheblich verbessert und ausgebaut. Für den früheren Haltepunkt Ost hängt dies von der weiteren Entwicklung im Rahmen des Bebauungsplanes für den Bereich Tor 1 ab. Der Bahnhof Trompet wurde zu einem neuen Haltepunkt ausgebaut und mit einem neuen überdachten Fahrradständer versehen. Hier muss die Zugangssituation noch verbessert werden. Der Haltepunkt Rumeln wurde ebenfalls im letzten Jahr entsprechend ausgebaut, und wie bereits erwähnt, wird dort auch noch die Parksituation verbessert. Am Bahnhof Rheinhausen werden die Parkplätze erweitert. Der Umbau und Durchstich zur Behringstraße erfolgt im Rahmen des Neubaus der L473 bis Ende 2006. Der Umbau des Haltepunktes DU-Rheinhausen/Logport (früher Ost) wird 2006/2007 nach dem vorliegenden Zeitplan für die Umsetzung des entsprechenden Programms erfolgen

Die Mittel für die Erweiterung der Parksituation am Bahnhof Rheinhausen sind im Haushalt 2004 eingestellt. Der Bewilligungsbescheid zur Förderung liegt vor.

4.2 Bahnhoferschließung von der Behringstraße

Der Bahnhof Rheinhausen ist bisher nur von der Friemersheimer Seite erschlossen. Bewohner aus anderen Bereichen Rheinhausens müssen, um den Bahnhof zu erreichen, den Umweg der Bahnquerung in Kauf nehmen. Seit Jahren wird schon ein Zugang von der anderen Bahnseite gefordert. Bisher ist dies immer an der DB gescheitert. Im Rahmen des geplanten Umbaus des Bahnhofes und des Baues der L473 wurde die Lösung erneut ins Gespräch gebracht. Die Erschließung von der Behringstraße aus ist in die Gesamtplanung mit aufgenommen. Der Bahnhof wird als Fußgängerdurchgang behindertengerecht konzipiert, mit Zugang zu den jeweiligen Bahnsteigen. Der andere Fußgängertunnel wird dann entfallen. Auf der Seite der Behringstraße werden dann genauso wie auf der Friemersheimer Seite zusätzliche Parkplätzen eingerichtet. Somit wird dem Bahnhof Rheinhausen aufgrund des größeren Einzugsbereiches eine noch größere Bedeutung als jetzt schon zukommen und die größere Frequentierung wird sich auch positiv auf das Nebenzentrum Kaiserstraße auswirken.

4.3 Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Gewerbe- und Industriegebiete

Die neuen Gewerbe- und Industriegebiete sind bisher nicht ausreichend an den ÖPNV angebunden. Entsprechende Anträge wurden bereits gestellt. Für den Fahrplanwechsel 2003 ist hier bereits eine Änderung eingetreten. Für den Businesspark Asterlagen konnte eine eigene Anbindung zum Duisburger Hauptbahnhof geschaffen werden. Hiermit wurde auch Asterlagen direkt nach Duisburg angebunden. Eine ausreichende Anbindung an das Logportgelände muss noch geschaffen werden.

4.4 Verbesserte ÖPNV-Verbindungen in den Abend- und Nachtstunden

Von Jugendlichen wird häufig die schlechte ÖPNV-Verbindung an Feiertagen sowie in den Abend-

und Nachtstunden bemängelt. Hier müssen neue Wege beschritten werden. Mit den bisherigen Lösungen konnte das Problem nicht bewältigt werden, da sie zu kostenintensiv sind. Diskussionen über Lösungsansätze haben dazu geführt, dass bereits auf einigen Hauptlinien der so genannte Nachtexpress eingesetzt wird. Des weiteren hat die Diskothek Rheinwerk diesen Mangel erkannt und setzt gegen Entgelt Kleinbusse zu Standorten in Duisburg, Moers und Krefeld ein.

5. Erholung und Freizeit

5.1 Weiterer Ausbau des Toepperseegebietes

Das Toepperseegebiet wird seit Jahren ständig weiter ausgebaut. In vielen Bereichen ist dieser Ausbau bereits abgeschlossen, in anderen Bereichen bleibt noch einiges zu tun. Der permanente Ausbau soll auch in den nächsten Jahren weiter vollzogen werden. Für das nächste Jahr ist der Bau eines neuen Kinderspielplatzes bzw. eine Erneuerung vorgesehen. Die Erschließung von der Jägerstraße muß im Rahmen des zu erstellenden Rahmenplanes neu geregelt werden. Zur Verbesserung der Parkplatzsituation wurden auf der Rumelner- sowie auf der Trompeter Seite neue Parkplätze errichtet und der Hundeplatz hat auch einen neuen Standort gefunden. Im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen muß der Bereich in Trompet, der im wesentlichen aus Wald bestehen wird, abgeschlossen werden. Hier wird eine gezielte Planung zum schnellen Abschluss führen.

5.2 Planung und Bau des neuen Hallenbades am Toeppersee

Im Rahmen eines neuen Bäderkonzeptes für Duisburg soll in unserem Bezirk ein neues Hallenbad errichtet werden. Die beiden vorhandenen Hallenbäder sollen dann geschlossen werden. Mit der Planung soll nach politischer Beschlusslage im nächsten Jahr begonnen werden und der Bau soll im Jahr 2005/06 erfolgen. Als Standort für das neue Hallenbad wurde einstimmig von der BV das derzeitige Freibad Toeppersee gewählt. Für uns ist aber bei dieser Standortwahl wichtig, dass das Bad mittels ÖPNV erreicht werden kann. Die vorhandenen Hallenbäder sollen erst geschlossen werden, wenn das neue Hallenbad vor der Fertigstellung steht. Zurzeit versuchen die Wirtschaftsbetriebe die Betriebsführung der Bäder auf Dritte zu übertragen.

Aufgrund der Finanzsituation der Stadt Duisburg und im Wissen um den Zustand der Bäder wollen wir den Neubau bzw. Ausbau des Töpperseebades an einen privaten Investor vergeben, wobei das Grundstück bzw. das vorhandene Bad am Toeppersee als Kapital eingebracht werden sollte. Dem Investor sollte weiter ermöglicht werden, den Bereich durch weitere Attraktionen zu erweitern. (Z.B. Hotel, Sauna, Wellness usw.) Die vorhandenen Aktivitäten im Bereich des Töppersees könnten darin eingebunden werden

Zur Realisierung soll ein Investorenwettbewerb durchgeführt werden. Verwaltung und Wirtschaftsbetriebe erstellen hierfür bis zum Jahresende die erforderlichen Grundlagen, wie Standortanalyse, Anforderungsprofil usw.

5.3 Wegeverbindung zwischen Friemersheim und dem Gewerbegebiet Hohenbud- berg

Zwischen Friemersheim und dem Gewerbegebiet soll entlang der ehemaligen Bahnlinie nach Hohenbudberg auf der Trasse des ehemaligen Eisenbahnerdienstweges ein Geh- und Radweg geschaffen werden, der eine direkte Verbindung zum Gewerbegebiet Hohenbudberg herstellt.

5.4 Sicherung des Damwildgeheges im Volkspark und dessen Umgestaltung in Teilbereichen

Im letzten Jahr wurde durch private Initiative die Sicherung des Damwildgeheges geregelt. Das

Gehege wurde an einen privaten Trägerverein mit Führung durch eine berechtigte Person verpachtet, wobei für die Übernahme noch Vorleistungen erbracht werden mussten. Sie wurden von den politischen Parteien, durch private Spenden sichergestellt. Neben dem Damwildgehege muss auch die Gestaltung anderer Teilbereiche überdacht werden. Hierfür sind für die nächsten Jahre in Absprache mit dem Grünflächenbereich der Wirtschaftsbetriebe Pläne und Lösungen zu erarbeiten.

5.5 Abschließende Gestaltung des Diergardtparkes

Der Diergardtpark wurde in den letzten Jahren in jährlichen Abschnitten bis zu seinem heutigen Ausbaustand ausgebaut. Die noch gültige Planung stammt aus dem Jahre 1982 und muss den derzeitigen Bebauungs- und Grundstücksverhältnissen angepasst werden. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt, dass die alte Planung überarbeitet und den derzeitigen Verhältnissen angepasst werden sollte, damit der Ausbau in den nächsten Jahren konzentriert abgeschlossen werden kann. Wichtig bei der Planung ist die Realisierung von Spielmöglichkeiten im Parkareal. Bedingt durch die Auswirkungen des Tornados, müssen diese Überlegungen, kurzfristig abgeschlossen werden, da die Neuanpflanzungen schon im Herbst erfolgen müssen.

5.6 Erschließung der Friemersheimer Rheinaue

Bisher ist die Friemersheimer Rheinaue nur durch Zugänge im Bereich Hohenbudberg, Friemersheim Dorf und im Bereich der Schleusenstraße zugänglich. Der Bereich in Richtung Kruppschen Hafen ist bisher nicht zugänglich. Um hier eine bessere Durchgängigkeit zu schaffen, sollte von der jetzigen öffentlichen Erschließung, z.B. in Verlängerung des Gaterweges eine zusätzliche Wegeverbindung ins Rheinvorland geschaffen werden. Dies könnte durchgeführt werden ohne die anderen Planungen zur Erschließung dieses Bereiches vorweg-zunehmen. Die Schaffung einer solchen Wegeverbindung könnte, bedingt durch den geringeren finanziellen Aufwand, kurzfristig erfolgen und den Naherholungswert des Rheinvorlandes steigern. Damit kann dann auch die Zusage aus dem Nutzungskonzept, dass der Rhein für die Rheinhauser Bürger wieder zugänglich und erlebbar wird, umgesetzt werden.

Bedingt durch die Ablehnung der Landschaftsbehörde (untere und obere) müssen hier Gesamtkonzeptionen entwickelt werden. Rechtliche Möglichkeiten werden zurzeit geprüft. Zum weiteren kontrollierten Ausbau konnte erreicht werden, dass die Stadt die Flächen vor dem Logportgelände und zwischen den Deichen gekauft hat. Somit ist auch deren Umsetzung und Nutzung dauerhaft geregelt.

5.7 Ausbau des Rheinuferparkes

Der Bereich des Rheinuferparkes zwischen der Brücke der Solidarität und der LINEG-Kläranlage sollte ebenfalls neu überplant werden. Er stellt heute schon mit seinen vielen Grünbereichen einen erheblichen Naherholungswert dar. Die einzelnen Grünbereiche müssen besser miteinander vernetzt und ausgebaut werden. Hierfür sollte eine ganzheitliche Planung erstellt werden, in die auch die noch nicht abgeschlossenen Deponien eingeschlossen werden sollten. Der Grünzug ist dann über dem neuen Deich bis zum ehemaligen Diergardt Hafen ausgebaut. Der Deich und das Hochufer sind dann begeh- und befahrbar.

Mit Fertigstellung der KHS-Deponie im Jahre 2004 wird die Zugänglichkeit ab 2005 über die Rheingasse und die Zufahrt zwischen den beiden Deponien, die dann geöffnet bleibt, wesentlich

verbessert. Somit wird die Rheinfront wieder zwischen der Brücke der Solidarität und dem Diergardt Hafen für die Bevölkerung zugänglich.

5.8 Radwegverbindung Tor 1/Eisenbahnbrücke

Zur besseren Erschließung des Rheinuferlandes soll eine Radwegverbindung vom Tor 1 entlang der Bahntrasse bis zur Eisenbahnbrücke geschaffen werden. Hierdurch wird auch der zentrale Siedlungsbereich Rheinhausens an den Erholungsbereich des Rheinvorlandes angebunden. Über den Radweg der Eisenbahnbrücke gibt es auch eine Anbindung an die rechte Rheinseite.

6. Bebauung und Bebauungsplanung

6.1 Umsetzung der Agenda 21/Bebauungsplan Werth Hof

Seit Jahren wird im Umweltgesprächskreis die Umsetzung der Agenda 21 bei Bauprojekten gefordert. Aus diesem Grunde hat die Bezirksvertretung beschlossen, dass bei diesem Bebauungsplan, dessen räumliche Lage mit dörflichem Charakter für ein solches Projekt am geeignetsten erscheint, diese Forderung umgesetzt werden soll. Bisher liegen keine Pläne vor. Ein Investor für die Umsetzung hat sich bisher auch noch nicht gefunden, weil die Rahmenbedingungen noch nicht formuliert sind. Hier müssten weitere Gespräche geführt werden, damit das Projekt weitergeführt werden kann.

6.2 Bebauungsplan Lindenallee / Stadtwerke

Die Stadtwerke Duisburg haben den Stützpunkt West an der Lindenallee aufgegeben. Das Gelände soll veräußert werden. Der fordere Bereich wird gewerblich genutzt, weil die Stadtwerke ihr Sozialzentrum weiter nutzen wollen. Das Verwaltungsgebäude ist abgerissen. An dessen Stelle ist ein ALDI-Markt und Getränkemarkt errichtet. Im hinteren Bereich soll Wohnbebauung erfolgen in Form von Einfamilienreihenhäusern. Die Stadtwerke haben einen Bebauungsplanentwurf in einer Bürgeranhörung vorgestellt. Gegen den Bebauungsplan gab es keine grundsätzlichen Einwendungen. Von politischer Seite wurden folgende Bedenken vorgetragen:

- die Erschließung über die Lindenallee muss durch ein Verkehrsgutachten geprüft werden, vor allem bezogen auf die gegenüberliegende Schule und die Haltestellen
- die Erschließung der privaten Bereiche muß im Bebauungsplan berücksichtigt werden, da der Bebauungsplan sonst nicht rechtskräftig werden kann
- in den Wohnbereichen muß der Faktor 1,5 für die Parkplätze eingehalten werden, die Erschließung der Wohnbereiche soll über den Herkenweg erfolgen die Bebauungsdichte ist zu groß
- für den Bereich der Bebauung muß ein Lärmgutachten erstellt werden, bei dem vor allem der Bereich zwischen der Wohnbebauung und der gewerblichen Nutzung in ausreichendem Maße festgeschrieben werden muss
- der Bereich der gewerblichen Nutzung muß im Bebauungsplan in ausreichendem Maße festgeschrieben werden.

Die aufgeführten Bedenken sind in den zu erstellenden Satzungsentwurf einzuarbeiten und werden dann wieder den Bürgern zugänglich gemacht.

6.3 Bebauungsplan Meisenstraße

Für den Bereich der Meisenstraße wurde nach mehr als zweijähriger Beratung der Bebauungsplan beschlossen. Die Bürgereinwendungen konnten im Wesentlichen befolgt werden und auch die Sicherstellung des Spielbetriebes für den VfL konnte sichergestellt werden. Der Lärmschutz zur

Moerser Straße und zum Sportplatz konnte durch Lärmschutzwälle geregelt werden. Im Sinne der Anwohner wurde die Baustellenzufahrt von der Moerser Straße gegen den anfänglichen Widerstand des Landesbetrieb Straße durchgesetzt. Im Bebauungsplan wurde die Richtzahl für Parkplätze von 1,5 realisiert. Der Bebauungsplan wurde 2002 beschlossen und befindet sich in der Umsetzung.

6.4 Bebauungsplan Kampstraße

Der Bereich der Kampstraße wurde von der Viterra entwickelt. Die geplante Bebauung war zu dicht und wurde schon im Planungsstadium zurückgewiesen. Die jetzige Bebauungsdichte stellt einen Kompromiss dar. Zur Realisierung des Lärmschutzes wurde gemäß Lärmgutachten ein Lärmschutzwall eingepplant und die Stellung der Häuser im Bebauungsplan entsprechend ausgerichtet. Nach längeren Gesprächen konnte auch die Parkplatzrichtzahl von 1,5 eingehalten werden. Auch die Baustellenzufahrt von der Moerser Straße aus konnte, wie bei der Meisen Straße, gegen den anfänglichen Widerstand des Landschaftsverbandes geregelt werden. Mit der Umsetzung des beschlossenen Bebauungsplanes wurde noch nicht begonnen.

6.5 Bebauungsplan EKZ

Im derzeitigen Areal des jetzigen EKZ-Geländes sollen weitere Fachmärkte und Einzelhandelsgeschäfte angesiedelt werden. Diese Ansiedlungen sind größtenteils zentrenrelevant und damit ohne Bebauungsplan nicht genehmigungsfähig. Aus diesem Grunde wurde ein Aufstellungsbeschluss beschlossen, damit keine unkontrollierte Ansiedlung durchgesetzt werden kann. Im Rahmen des Bebauungsplanes muss festgelegt werden, welcher Branchenmix dort zulässig sein wird. Hierbei muss auch die Entwicklung im Nebenzentrum Hochemmerich berücksichtigt werden, damit keine konkurrierende Situation dieser Bereiche entsteht. Grundsätzlich ist eine Ausweitung dieses Fachmarktgebietes aber nur dann möglich, wenn die verkehrliche Erschließung geregelt ist. Hierzu ist die Erstellung eines Verkehrsgutachtens erforderlich. Die verkehrliche Erschließung muss umgesetzt sein, bevor eine Erweiterung durchgeführt wird. In der Verkehrsprognose muss die Gesamtfläche einschließlich Areal Töllner mit berücksichtigt werden. Auch mögliche Veränderungen bzw. Nutzungen müssen mit berücksichtigt werden. Die Finanzierung der verkehrlichen Maßnahmen muss durch den Investor erfolgen. Ein entsprechender Entwurf ist durch den Investor vorgelegt werden.

Zwischenzeitlich wurde der Umnutzung der Hallenflächen auf dem Töllnerareal mit Discounter, Getränkemarkt und Küchenstudio unter der Maßgabe der Vorziehung von Maßnahmen zur verkehrlichen Erschließung (Ampelanlage Asterlager Straße / Homberger Straße) zugestimmt. Die Fortführung des weiteren Bebauungsplanes liegt am Investor, der noch die Planvoraussetzungen liefern muss. Die mögliche Ansiedlung eines Mediamarktes, der von den Parteien in der BV unter den genannten Rahmenbedingungen zugestimmt wurde, wird von der Bezirksregierung als kritisch betrachtet. Aufgrund dieser Situation ist von einem längeren Bauleitplanverfahren auszugehen. Dies liegt außerhalb des Einflussbereiches der BV. Die Verzögerung in dem Verfahren zur Umsiedlung des Mediamarktes ist durch den Investor zu vertreten, der bis heute keine abschließende Planung vorgelegt hat. Die Entscheidung für die mögliche Ansiedlung eines Mediamarktes wurde im Dez. 2002 gefällt. Zwischenzeitlich wurde nochmals versucht, die Ansiedlung des Mediamarktes in Hochemmerich zu realisieren, da hier Planungsrecht besteht. Dies wurde vom Mediakonzern nochmals verneint. Für den Media Konzern kommt nur eine Ansiedlung in Asterlagen in Frage. Auf den Fortgang des Verfahrens hat zurzeit nur der Investor Einfluss, der bezüglich einer Entscheidung die Grundlagen für ein Bauleitplanverfahren einreichen muss. Zwischenzeitlich hat der Investor einen Bauantrag für ein „Dänisches Bettenlager“ eingereicht, dem aus politischer Sicht und auch aus Sicht

der Bezirksregierung nichts entgegensteht. Das Verfahren konnte bis heute nicht abgeschlossen werden, weil der Investor wesentliche Unterlagen nicht vorgelegt hat (Brandschutzgutachten).

6.6 Bebauungsplan Julius-Leber-Straße

Der Bereich der Julius-Leber-Straße soll überplant und bebaut werden. Hierfür wurde ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt. Der Sieger sollte den Bebauungsplan auf Basis seines Entwurfes erarbeiten und die Fläche bebauen. Der siegreiche Bauträger hat mit der Entwicklung begonnen, aber das Verfahren nicht mit der entsprechenden Konsequenz und zeitlichen Vorgabe durchgeführt. Ferner wurden die Vorgaben für die für die bebaubare Fläche nicht im ausgeschriebenen Rahmen fortgeführt, so dass dem Bauträger in gegenseitigem Einvernehmen der Auftrag entzogen wurden. Die Entwicklung und Bebauung der Fläche wird neu aufgeteilt. Für den Bereich an der Moerser Straße, der eine Fläche für einen Nahversorger enthält, wurde der Bebauungsplan geteilt und diese Fläche wird vorab mit Hilfe eines Vorhaben- und Erschließungsplanes entwickelt, so dass der Nahversorger kurzfristig angesiedelt werden kann. Für die verbleibende Fläche wird eine neue Planung erstellt, die den Altlastenbereich ausklammert.

6.7 Bebauungsplan Umfeld Tor 1

Der Bereich um das Tor 1 stellt den Eingang zum Logportgelände dar. Der Bereich machte in den letzten Jahren aufgrund der Bauruinen im Umfeld nicht den besten Eindruck. Zur Neugestaltung wurde ein Rahmenplan erarbeitet, der im politischen Raum Zustimmung gefunden hat. Aufgrund dieses Rahmenplanes soll jetzt ein Bebauungsplan erarbeitet werden. Als erste Maßnahme wurden die Bauruinen in diesem Bereich abgebrochen. KHS hat das Gebäude der ehemaligen Krankenkasse abgerissen. Die Fläche soll nach Aussage von TKIM mit Wohnbebauung versehen werden. Entsprechende Entwürfe wurden vorgelegt. Sie sind mit dem Rahmenplan vereinbar und aufgrund der Umweltbelastung machbar und werden im nächsten Jahr umgesetzt. Gleichzeitig mit der Bebauung wird auch im Kurvenbereich ein Kreisverkehr errichtet, der vom Investor finanziert wird. Das frühere Sozialgebäude wurde nach langen Verhandlungen von der Stadt aus dem Konkursverfahren erworben. Das Gebäude, das schon häufig Anlass zu Beschwerden war, wurde ebenfalls zwischenzeitlich abgerissen. Das Gelände kann jetzt zügig im Sinne des Rahmenplanes einer adäquaten Nutzung zugeführt werden. Das Bauleitverfahren wurde eingeleitet. Es ist eine gewerbliche Nutzung vorgesehen. Mit der gleichen Intension, der optisch ansprechenden Gestaltung des Einfahrtbereiches zum Logportgelände haben wir den Antrag zum Abriss des Pfortnerhauses des unter Denkmalschutz stehenden Tor 1 gestellt, da diese Gebäude bisher keiner Nutzung zugeführt wurde. Bleibt dieses Gebäude dauerhaft ungenutzt, so wird es durch Vandalismus bedingt immer einen optisch unansehnlichen Eindruck machen, der an dieser Stelle nicht gewünscht ist und zu einem dauerhaften Ärgernis führt. Zwischenzeitlich konnte das Tor 1 durch einen Investor erworben werden. Dies wurde nur durch den öffentlichen Druck eines Abrisses möglich. Der Investor will im Pfortnerhaus eine Gaststätte errichten. Die Umsetzung soll im nächsten Jahr erfolgen.

6.8 Nutzung Kirchfeldschule

Der freigezogene Bereich der Kirchfeldschule, der als Wohnheim für Aussiedler und Asyl-suchende genutzt wurde, wird abgerissen, da er baufällig ist. Der durch das Bienenmuseum, Sportstudio, Polizei und Bürgerservicestation genutzte Teil soll erhalten bleiben.

Die freie Fläche der Kirchfeldschule mit Hinterland zum Friedhof soll einer baulichen Nutzung zugeführt werden. Der vordere Bereich der Kirchfeldschule mit Hallenbad und Turnhalle einschließlich Feuerwehrgerätehaus soll neu arrondiert und städtebaulich integriert werden.

6.9 Bebauung „Auf dem Pickert“

Im Bereich „Auf dem Pickert“ steht ein städt. Grundstück zur Verfügung. Dieses Grundstück ist nach § 34 zu bebauen. Die Pläne für eine Bebauung von freistehenden Einfamilienhäusern liegen vor. Diese Häuser bzw. Grundstücke sollen einzeln verkauft werden. Die Realisierung sollte mit viel Eigenleistung, unter fachlicher Anleitung erfolgen.

6.10 Bebauung an der Schleusenstraße

Das zwischen der Schleusenstraße und dem Rheindeich am Tor 8 liegende Grundstück macht einen sehr verwahrlosten Eindruck. Der Bereich im Umfeld des Deiches wird zwischenzeitlich bebaut. Die Erschließung im Bereich Tor 8 durch Logport ist zwischenzeitlich abgeschlossen. Die Fläche sollte einer Nutzung zugeführt werden. Somit wäre der Gesamtbereich entlang des Friemersheimer Rheindeiches zwischen dem Dorf und dem Logportgelände städtebaulich geregelt.

In Gesprächen zwischen Eigentümer, Verwaltung und Politik wurden die baulichen Möglichkeiten festgelegt. Die Fläche kann nach § 34 entwickelt werden. Die zukünftige Zufahrt erfolgt über eine Verlängerung der Reichstraße direkt auf den Deich zu. Hier werden auch Parkplätze für die Besucher des Rheinvorlandes geschaffen. Die Umsetzung erfolgt nach abgeschlossener Deichsanierung. Die alten Häuser auf der Schleusenstraße werden abgerissen.

6.11 Bebauungsplan Asberg II

Im Bereich Asberg, nördlich von Auf dem Wiel, wollen viele Eigentümer im Hinterland bauen. Teilweise sind hier auch schon Grundstücksmakler tätig, um sich im Falle einer Baugenehmigung die Kaufrechte zu sichern. Der Erschließung über die eigenen Grundstücke würde zu einer ungeordneten Bebauung führen. Um diesen Begehrlichkeiten vorzubeugen, sollte für diesen Bereich ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Hierdurch können auch nachbarschaftsrechtliche Probleme besser geregelt werden. Problematisch in diesem Zusammenhang, die Lösung mit den dort befindlichen Bodendenkmälern.

6.12 Bebauungsplan Friemersheim Dorf

Zur Bestandssicherung des Denkmalschutzes als Bereichssatzung wurde ein Bebauungsplanverfahren für das Friemersheimer Dorf beschlossen. Für den Teilbereich der Augustastraße wurde der Satzungsbeschluss bereits vorgezogen, damit die beabsichtigte Bebauung durch HÄUSER BAU verhindert werden konnte. Somit ist der Bestandsschutz für den dörflichen Charakter erst einmal geregelt. Für den Bereich Augustastraße wurde der Bebauungsplanentwurf textlich modifiziert umgesetzt, damit hier bauliche Erweiterungen verhindert werden können.

6.13 Städtebaulicher Rahmenplan für den Bereich Toeppersee / Jägerstraße

Der Bereich Toeppersee / Jägerstraße muss aufgrund der planerischen Veränderungen der letzten Jahre neu geordnet werden. An vielen Punkten dieser Gesamtfläche wollen Bauträger kleinflächige Bebauungen durchführen. Dies führt zu einem ungeordneten Bauen in diesem Bereich. Aus diesem Grunde soll, bevor weitere Genehmigungen erteilt werden bzw. für Teilbereiche Bebauungspläne aufgestellt werden, ein städtebaulicher Rahmenplan erarbeitet werden, aus dem die weitere Bebauung abgeleitet werden muss. Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe mit der TH Dortmund gebildet, die im Wintersemester 2005 hierfür eine neue Planung (Entwurf) erarbeitet.

6.14 Bebauung der Fläche Rheingoldgelände

Die Bebauung der Fläche der ehemaligen Rheingoldbrauerei sollte seit Jahren abgeschlossen sein. Aus unterschiedlichen Gründen konnte diese Bebauung bis heute nicht komplett abgeschlossen werden, obwohl für diese Fläche ein VuE-Plan abgeschlossen wurde. Hier muss weiter mit rechtlichen Möglichkeiten die Fertigstellung der Bebauung vorangetrieben werden.

6.15 Bebauung Händelstraße

Hier kann aufgrund des vorhandenen Bebauungsplanes ein Dispens erteilt werden, so dass die Fläche der Kirche im Bereich der Familienbildungsstätte entsprechend städtebaulich abgeschlossen werden kann.

6.16 Bebauung Ritterstraße

Im Bereich Ritterstraße (Hinterland zum Bahndamm) beabsichtigen die VITERRA und THS eine Bebauung entlang des alten Bahndammes. Hier wurden beide aufgefordert, einen gemeinsamen Entwurf vorzulegen, damit die Erschließung gemeinsam erfolgen kann. Zwischenzeitlich liegt ein gemeinsamer Entwurf vor. Für die Gesamtfläche wurde ein Aufstellungsbeschluss gefasst und somit das Bauleitplanverfahren eingeleitet.

6.17 Bebauung Rathausallee / Nordseite

Hier hat die GEBAG einen Entwurf vorgelegt, der mit dem Rahmenplan abgestimmt wurde. Dieser sieht mehrgeschossige Wohnbebauung entlang der Rathausallee vor, einen zweiten Discounter neben ALDI und im Hinterland zweigeschossige Einfamilienhäuser (Einzelhäuser, Doppelhäuser, Reihenhäuser) (max. 3er Gruppe). Hier wurde das Bauleitplanverfahren mit Beteiligung der Bürger eingeleitet.

6.18 Bebauung Rathausallee/Südseite

Auf der Südseite soll nach der Vorstellung der Ideen – Werkstatt ein neuer Marktplatz errichtet werden, der gleichzeitig als Veranstaltungsplatz genutzt werden kann. Hierfür wird jetzt ein Investorenwettbewerb vorbereitet, der im Dezember den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden soll, so dass auch hier mit einer zeitnahen Umsetzung zu rechnen ist. Mit dieser Realisierung wird die Rathausallee beidseitig ausgebaut.

6.19 Bebauung Haus Kaldenhausen

Das Haus Kaldenhausen steht unter Denkmalschutz. Die Scheune und Remise sind baulich abgängig und müssen daher abgerissen werden. Hierfür liegt eine Abrissgenehmigung vor. Der derzeitige Bauträger möchte den Innenhof anders parzellieren und bebauen als ursprünglich vorgesehen und damit den Charakter des Gesamtensembles wesentlich verändern. Aus diesem Grund wurde ein Aufstellungsbeschluss gefasst, wodurch eine nicht wünschenswerte Bebauung verhindert wird.

6.20 Bebauung Römerstraße/Moerserstraße

Zur Ansiedlung eines Nahversorgers muss dort Baurecht geschaffen werden, aus diesem Grunde wurde noch im Juli ein Aufstellungsbeschluss gefasst. Die Ansiedlung von REWE soll kurzfristig umgesetzt werden.

7. Schule und Kultur

7.1 Sanierung von Schulen

In der Grundschule Borgschenkorf wird in diesem Jahr die Sanierung komplett abgeschlossen. Dies betrifft sowohl die PCB- als auch die Feuchtigkeitssanierung. Der Aufwand hierfür beträgt rund 1.000.000,-- €. Hierbei handelt es sich um eine Komplettsanierung. Es wird nicht nur, wie in früheren Jahren oftmals üblich, die wesentlichen Mängel beseitigt sondern hier wurde unter unserer Moderation ein Komplettsanierungsprogramm, welches sich über zwei Jahre erstreckt, aufgestellt.

Auch am Krupp-Gymnasium, war ein erheblicher Reparaturstau entstanden. Des Weiteren sind die Pavillons abgängig. Für die Sanierung und den Teilneubau in den nächsten zwei Jahren sind im Haushalt rund 3.000.000,-- € eingestellt worden.

Für das Krupp-Gymnasium wurde ein Plan für mindestens die nächsten fünf Jahre aufgestellt, da das Gebäude auch komplett neu wärmeisoliert werden muss. Diese Maßnahmen können nur schrittweise erfolgen, da der Unterricht weitergeführt werden muss.

Für die Heinrich-Heine-Gesamtschule ist eine umfangreiche PCB-Sanierung der betroffenen Räume abgeschlossen; an diese Maßnahme, die sich auf über 3.000.000,-- € beläuft, schließt sich eine Komplettsanierung des Gebäudes an.

Für weitere Schulen, wie der Grundschule Auf dem Berg, der Marienfeldschule, Mevissenschule und der Fröbel-Schule wurden im April und der Grundschule Bergheimer Straße im Juni weitere Instandhaltungsmittel zur Durchführung dringender Reparaturen und Ersatzinvestitionen freigegeben. (rd. 2.000.000,-- €)

Für die Schulen im Bezirk wurde ein 3-Jahresprogramm mit einer Investitionssumme von 120 Mio. € durch IMD erstellt, wobei für unseren Bereich rund ca. 16 Mio. € in Schulgebäude investiert wird.

7.2 Standortsicherung Kommatheater

Das Kommatheater ist zwischenzeitlich nicht nur kultureller Bestandteil unseres Bezirkes sondern auch eine Institution mit überregionaler Bedeutung geworden. In die Gestaltung der Einrichtung sind zwischenzeitlich erhebliche Mittel geflossen. Seit Jahren heißt es, dass Kultur auch in die Bezirke gehört. Dies soll auch für die Zukunft so bleiben.

7.3 Förderung der Jugendarbeit und Kinderspielplätze

Kinder und Jugendliche müssen gefördert werden. Daher ist es unsere einstimmige Meinung, diesen Bereich speziell mit Mitteln für die Pflege des Ortsbildes zu unterstützen. Wir denken daran, Kinderspielplätze und Jugendzentren aufzuwerten und deren Möglichkeiten zu verbessern. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit unseren Kümmerern geschehen. Erreichen wollen wir, dass einzelne

Projekte von den Jugendlichen in Eigenregie erarbeitet und umgesetzt werden. Durch die politische Begleitung wird Interesse geweckt und das Verhältnis zur Politik verbessert. Die ersten Projekte sind bereits gestartet.

7.4 Modernisierung der Rheinhausen Halle

Bei der Rheinhausen Halle ist in den letzten Jahren ein Reparaturstau aufgelaufen, der bei einem Weiterbetrieb dringend abgebaut werden muss. Aus diesem Grunde hat der Aufsichtsrat der Duisburg Agentur ein entsprechendes Sanierungsprogramm beschlossen. Durch den Abriss der Mercator Halle wird die Rheinhausen Halle durch die Duisburg Agentur stärker mit Veranstaltungen ausgelastet, die den Bestand der Halle mittel- bis langfristig sichert. Die Rheinhausen Halle hat auch wieder eine Gastronomie erhalten. Die vorhandenen Räume wurden umgebaut, damit sie den derzeitigen Anforderungen genügen. Somit wird Rheinhausens „gute Stube“ wieder zu dem werden, was sie einmal war.

7.5 Erweiterung Realschule II

Gemäß der Ankündigung vor der letzten Kommunalwahl wurde die Realschule II gegründet. Standort ist die frühere Hauptschule Ulmenstraße. Nachdem die Realschule ihren Betrieb aufgenommen hat, wird sie entsprechend dem Zuwachs ausgebaut. Hierfür wurde ein entsprechendes Ausbauprogramm mit einem finanziellen Aufwand von rund 5.000.000,-- € beschlossen. In diesem Finanzvolumen sind die erforderlichen Um- und Neubauten eingeschlossen. Die Realschule ist dann voll zweizügig ausgestattet und kann bei Bedarf auch einen dritten Zug jahrgangsweise aufnehmen. Für die Dachfläche des naturwissenschaftlichen Anbaues wurden vom TKS Solarkollektoren gestiftet und installiert.

7.6 Abgeschlossene Erweiterungsbauten

Die Erweiterungsbauten für die Gesamtschule Lessingstraße und die Realschule Körnerplatz wurden abgeschlossen. Die Gesamtschule ist damit voll ausgebaut. Das Volumen betrug rd. 11.000.000,-- €.

Die Realschule Körnerplatz erhielt einen Anbau, der die Schule auf eine sechszügige Betriebsweise ausrichtet. Somit besteht im Bereich der Realschulen für unseren Bezirk je nach den Schülerzahlen die Möglichkeit, mindestens acht Züge zu bilden. Aufgrund der ausreichenden Raumkapazität könnte auch an den beiden Schulen wechselweise ein zusätzlicher Zug aufgenommen werden.

7.7 Vorhandene Schulkapazität im Bereich der Sek. I im Bezirk

Im Bezirk haben die einzelnen Schulformen folgende Kapazitäten:

Hauptschulen	Schulzentrum Rumeln	3 – 4
	Langestraße	2 – 3
	Friedr.-Ebert-Straße	3 – 4
Realschulen	Körnerplatz	6
	Realschule II	2
Gesamtschulen	Heinrich Heine	5
	Liese-Meitner	4
Gymnasien	Krupp	4
	Albert Einstein	3

Die angegebenen Zahlen der Zügigkeit können jahrgangswise an den einzelnen Schulen je nach Raumauslastung auch um einen Zug erweitert werden. Die angegebenen zahlen geben die Mindestaufnahmekapazität wieder.

7.8 Sicherung des Kindergartenplatzangebotes

Für den Bezirk Rheinhausen ist die Bedarfsdeckung von 95 % für Kindergartenplätze derzeit erfüllt. Dies wurde erreicht, in dem der Betrieb des katholischen Kindergartens Wagnerstraße durch städtische Mittel sichergestellt werden konnte, nach dem das Bistum Münster die Mittel entzogen hat. Trotzdem gibt es auch im Kindergartenbereich noch Nachholbedarf. Dies trifft vor allem für den Kindergarten Hochfeldstraße zu. Hier wird schnellstens eine Ersatzlösung geschaffen. Das Gebäude ist sanierungsbedürftig. Der Kindergarten befindet sich in einem Gebäudekomplex, der abgerissen werden bzw. veräußert werden soll. Ein Neubau des Kindergartens wurde beschlossen. Die Errichtung erfolgte an der Ursulastraße und wird im Sommer begonnen. Mit der Fertigstellung ist Anfang 2005 zu rechnen.

7.9 Verbesserung der Turnhallensituation für Schulen und Vereine

Die Turnhallensituation für Schulen und Vereine führt immer wieder zu Schwierigkeiten. Die Kapazität ist nicht ausreichend. Viele Schulen klagen, dass zur Erteilung eines vorschriftsmäßigen Sportunterrichtes nicht ausreichende Kapazitäten an Turnhallen zur Verfügung stehen. Neben der Forderung zur Errichtung einer weiteren Turnhalle gemeinsam für das Gymnasium und die Gesamtschule am Flutweg müssen weitere Überlegungen angestellt werden, wo und wie man weiteren Raum für den Schulsport anbieten kann.

7.10 Erweiterung Sonderschule Dahlingstraße

Die Anzahl der Schüler für die Sonderschule Darlingstraße hat in den letzten zwei Jahren erheblich

zugenommen. Hier sind entsprechende Erweiterungen erforderlich. Ein entsprechender Antrag wurde in der BV gestellt und beschlossen.

8. Gewerbe- und Industrieansiedlung

8.1 Logportgelände

Das Logportgelände hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Der größte Teil der Erschließung, sowohl die Straßen als auch die Schiene sind weitestgehend abgeschlossen. Der südliche Teil vom Gaterweg steht voll für die Vermarktung zur Verfügung und auch ein großer Bereich im Norden ist bereits voll erschlossen, einschließlich des ehemaligen Walzwerksgeländes durch den Grundstücksfond. Zahlreiche Firmen haben sich schon angesiedelt oder sind dabei sich anzusiedeln. Hierunter zählen unter anderem:

**Interspea, New Wave, P & O, Kühne und Nagel, Rhenus, Union Stahl,
Bullmann, IUTA, Schlackenforschungsinstitut, Euro-Logistik, Cobelfred, DIT**

Parallel dazu ist am Hafen das größte Containerterminal eines Binnenhafens in Europa, mit einer maximalen Umschlagskapazität von 400.000 Containern im Jahr errichtet worden. Somit ist dieser Standort, wie man so schön sagt, trimodal ausgerichtet. Trimodal steht für „Straße, Wasser, Schiene“. Die Straßen des Geländes sind zwischenzeitlich öffentlich. Über Schiene und Wasserweg ist das Gelände somit bereits gut angebunden. Auf der Gesamtfläche sind somit 60 % der Flächen bereits vermarktet.

8.2 Businesspark Niederrhein/Asterlagen

Der Businesspark Niederrhein/Asterlagen hat sich in den letzten Jahren systematisch entwickelt. Bisher sind über 70 % der Fläche vermarktet und die Entwicklung schreitet zügig weiter voran und wer durch das Gelände geht, kann wirklich sagen, es handelt sich um Gewerbe im Park. Wir gehen heute davon aus, dass nach den vorliegenden Plänen die Gesamtfläche spätestens in drei Jahren vermarktet ist.

8.3 Gewerbegebiet Diergardt

Das Gewerbegebiet ist bis auf wenige Restgrundstücke voll vermarktet. Probleme bestehen noch in der optimalen Straßenanbindung zur Moerser Straße bzw. durch eine eigene Zufahrt zum Autobahnzubringer. Der Bau dieses Zubringers durch Eigenleistung der angesiedelten Unternehmen ist wegen des Umfangs gescheitert. Zurzeit wird wieder der Ausbau der Kreuzung Schauenstraße diskutiert. Geklärt werden muss, ob hier ein Kreisverkehr errichtet wird oder ob nur eine Rechtsabbiegerspur aus dem Gewerbegebiet heraus errichtet werden kann.

8.4 Gewerbegebiet Hohenbudberg

Das Gewerbegebiet ist zwischenzeitlich komplett erschlossen. Die Ansiedlung von Betrieben läuft nur schleppend an. Dies liegt vor allem an der schlechten verkehrlichen Erschließung. Erst mit dem Anschluss an die L473n kann hier Abhilfe geschaffen werden. Die Mittel für die Querspange zur L473n stehen zur Verfügung. Der Bau der Querspange erfolgt im Rahmen der Erstellung der L473n und soll 2005 begonnen werden.

8.5 Villenkolonie Bliersheim

Die unter Denkmalschutz stehende Villenkolonie ist bis heute nicht vermarktet. Sie wurde mit hohem Aufwand baulich gesichert und verfällt immer mehr, da bisher keine Nutzung vorliegt. Das Nutzungskonzept muss überdacht werden, ebenfalls die Art der Bebauung. Die BV fordert massiv die Anstrengungen zur Vermarktung zu konzentrieren und zu aktivieren.

9. Neue politische Schwerpunkte und Projekte

9.1 Neustrukturierung der Straßenreinigung mit dem Ziel sauberer Straßen bei niedrigen Gebühren unter Beteiligung der Betroffenen

Vor allem in Wohngebieten mit Einfamilienhausstruktur kann die Straßenreinigung auch den Betroffenen auferlegt werden, da solche Straßen häufig beidseitig zugeparkt sind. Dieser Zustand führt dazu, dass der Fegewagen nur die Straßenmitte reinigen kann. Die Reinigung durch den Anlieger vermindert seine Reinigungsgebühren und die Straßen würden sauberer.

In Bereichen mit Mehrfamilienhausbebauung muss überlegt werden, ob nicht wechselseitiges Parken sinnvoll ist um das gewünschte Ziel zu erreichen.

9.2 Erarbeitung eines Programms zur nachhaltigen Instandsetzung der Straßen im Bezirk

Große Priorität muss die Instandsetzung der Straßen haben, die in den letzten Jahren aufgrund der Haushaltssituation zu stark vernachlässigt wurden.

Hier müssen neue Wege der Finanzierung gefunden werden. Erste Ansätze wurden bereits durchgeführt, z.B.:

- Freie Finanzmittel grundsätzlich für den Straßenbau einsetzen (1 Mio. € Programm)
- Innerhalb neuer Bauprojekte die angrenzenden Straßen in die Erneuerung mit einbeziehen. Durch Einbringung von städtischen Grundstücken in das Objekt könnte hier ein Weg gefunden werden, dies zu realisieren.

Der Zustand der Straßen wird zurzeit durch eine Kostenerfassung dokumentiert (Straßenkataster). Anhand dieses Katasters kann dann die planmäßige gezielte Instandsetzung erfolgen.

9.3 Schaffung eines grünen Rheinuferes von Friemersheim bis Essenberg

- Hierzu wurden in Friemersheim die letzten 70 ha im Bereich der Rheinaue erworben.
- Der kombinierte Rad- Fußweg auf dem Rheindeich, von der Eisenbahnbrücke bis nach Essenberg, wird im Jahr 2005 in voller Länge geöffnet werden.
- Das Baggerloch an der Eisenbahnbrücke Rheinhausen wird bis Ende 2007 verfüllt sein und der neu entstandene Bereich rekultiviert.
- Die Kruppdeponie wird 2005 geschlossen, renaturiert und dann für die Öffentlichkeit freigegeben. Die Baumaßnahmen für diesen Naherholungsbereich haben bereits begonnen.
- Der Zugang Rheingasse wird geöffnet werden und ein Zugang zwischen den Deponien eingerichtet und ausgebaut.
- Es wird eine Radwegeverbindung zwischen Tor1 und der Eisenbahnbrücke geschaffen. Dies

dient der Anbindung des Siedlungsraumes Hochemmerich/Friemersheim.

Somit wird durch Einbeziehung weiterer Kompensationsmaßnahmen die Rheinfront Rheinhausens als Erholungsraum komplett erschlossen.

9.4 Bau einer Mehrfachturnhalle für Krupp-Gymnasium und Heinrich-Heine-Gesamtschule

Für die beiden Schulen am Flutweg wird schon seit Jahren eine neue Mehrfachturnhalle gefordert. Bisher lag kein idealer Standort vor. Mit Wegfall der Behelfsklassen (Pavillons) am Gymnasium könnte die Turnhalle auf der freigewordenen Fläche errichtet werden. Diese neue Turnhalle wäre auch für den Vereinssport von großer Bedeutung.

9.5 Bauprojekte für jüngere Familien unter Einbeziehung der so genannten Muskelhypothek

Bereitstellung von Baugebieten für junge Familien zur Realisierung von Wohneigentum mit Hilfe der so genannten Muskelhypothek, z.B. auf Grundstücken an der Güterstraße, Auf dem Pickert u.s.w.

Hier sollten auch in Zusammenarbeit mit Bauträgern Lösungen gefunden werden, die mehr Spielraum für Eigenleistung schaffen. Es ist daran gedacht, dass der Bauträger nur die fachliche Beratung übernimmt, die Ausführung aber beim Erwerber liegt. In dieses Projekt sollen neben freistehenden auch Reihen- und Doppelhäuser einbezogen werden. Bei freistehenden Häusern ist der Grundstücksanteil meist so groß, dass dieser Kostenfaktor den Interessiertenkreis stark eingrenzt.

9.6 Ansiedeln von Hotels im Bezirk

Bisher sind vereinzelte Versuche zur Ansiedlung von Hotels im Bezirk gescheitert. Bisher waren das auch nur begrenzte Versuche.

Durch eine gezielte Werbung bei Betreibern von Hotels, unter Beteiligung der Wirtschaftsförderung, soll versucht werden, Hotelketten für die Ansiedlung an Standorten im Bezirk zu gewinnen.

Standorte könnten sein:

Rheinhausen-Halle, Tor1, Toepperseegebiet, Gewerbepark Asterlagen, Gewerbepark Hohenbudberg oder im Logportgelände im Bereich der Villenkolonie.

9.7 Nutzung des Geländes des Bertha-Krankenhauses im Sinne der Bertha Krupp-Stiftung für soziale und medizinische Zwecke

Die städtischen Krankenanstalten benötigen das Gelände und die Gebäude des Bertha-Krankenhauses in absehbarer Zeit nicht mehr. Das Grundstück sollte aber nicht für Wohnbauzwecke umgewidmet werden, sondern im Sinne der Stiftung Bertha Krupp für soziale gesundheitliche Zwecke genutzt werden. Denkbar ist in diesem Zusammenhang auch eine Nutzung von verschiedenen unterschiedlichen Trägern nebeneinander. Das Hauptgebäude mit der schönen

nachgelagerten Parkanlage könnte somit erhalten bleiben. Die Lage des Grundstückes ist zentral und kann somit auch für Senioren Einrichtungen (bereits vorhanden), Menschen mit Behinderungen oder für Rehabilitationsmaßnahmen vor Ort genutzt werden.

Ebenfalls könnte hier auch das seit langem geforderte Hospiz realisiert werden.

9.8 Ausbau der Freizeit- und Sportanlagen im Bereich Toeppersee einschließlich der verkehrlichen Anbindung

Mit der möglichen Errichtung eines Hallenbades und der städtebaulichen Rahmenplanung für den Bereich Jägerstraße wird das Toepperseegebiet in seinen äußeren Bereichen eingegrenzt. Die Sport- und Freizeitbereiche müssen sich im restlichen verbleibenden Bereich einfügen. Dazu müssen diese Flächen in ihrer Nutzung festgelegt und überplant werden. Dies gilt besonders für die Fläche des Freibades und der Tennisanlage, denn es ist geplant, hier Aktivitäten von privaten Betreibern mit in die Gesamtkonzeption einzubinden. Private Nutzung sollte in Randbereichen möglich gemacht werden.

Ebenfalls sollte in diesem Zusammenhang die gesamte verkehrliche Erschließung dieses Bereiches überdacht und neu geplant werden. Sie kann nicht nur über die Beekstraße erfolgen, sondern es müssten hierfür auch die Möglichkeiten der Zufahrt über Trompet und Rumeln einbezogen werden.

9.9 Erstellung eines Planes zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen

In dem zu erstellenden Plan sollen alle Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen aufgenommen werden, die ihnen Unterstützung bieten und ihr Leben erleichtern können. Bei laufenden Projekten sollen diese Erkenntnisse eingearbeitet werden, wie das z.B. bei neuen Ampelanlagen bereits geschehen ist. Dieser Plan muss stetig ergänzt werden. Hierzu wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die mit Vertretern des Behindertenbeirates zusammenarbeitet, um deren Erfahrungen und Kenntnisse mit einzubeziehen.

9.10 Präventivmaßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung in gefährdeten Straßenbereichen

Fehlerhafte bzw. historische Straßenführung und hohes Verkehrsaufkommen haben an mehreren Stellen im Bezirk dazu geführt, dass die schwachen Verkehrsteilnehmer (Fußgänger und Radfahrer) gefährdet sind. Zusätzlich gibt es häufig auch noch ein Problem mit der Lärmbelästigung.

Zur Verbesserung der Situation sind Geschwindigkeitsbeschränkungen eingeführt worden. Die Praxis hat gezeigt, dass die Geschwindigkeiten von 30 Km/h oft nicht eingehalten wird. Besonders zu erwähnen sind hier die Schleusenstraße, der Schelmenweg, die Jägerstraße und nicht zuletzt die Düsseldorfer Straße. Mit Hilfe von Tempo-Info-Geräten, die in großen Ziffern zum Beispiel „Sie fahren 48 km/h“ anzeigen, kann der Kraftfahrer auf sein Fehlverhalten aufmerksam gemacht werden, ohne ihn zu bestrafen. Diese und weitere Präventivmaßnahmen müssen zukünftig eingesetzt werden, um den Verkehr im Bezirk sicherer und ruhiger zu gestalten.